Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In Halle Sonntags einzige nationale Zeitung

Jahrgang 217 — Nr. 304 a

Bezugspreis: monatlich 2,40 Goldmark, — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. — —

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile: 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 3gespaltene 90 mm breite Grund-Reklamezeile 60 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale. — Für Platzvorschriften übernehmen wir keine Garantie. — —

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Sonntag, 28. Dezember 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Beschlüsse der Botschafterkonferenz

Der amtliche Bericht über die Pariser Sitzung

Die Botschafterkonferenz

Paris, 27. Dezember.

Die Botschafterkonferenz ist heute vormittag 11 Uhr 14 Min. zusammengetreten. Der Sitzung wohnt auch Marschall Foch bei.

Es wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

„Die Botschafterkonferenz hat heute früh das vollständige Einvernehmen der verbündeten Regierungen in der Frage der Kölner Zone festgestellt; sie hat ferner das Verfahren bestimmt, das bei der Notifizierung, die an Deutschland erfolgen wird, eingeschlagen werden soll. Die Botschafterkonferenz hat mit der Abfassung der Note, die die verbündeten Mächte vor dem 10. Januar in dieser Frage an die deutsche Regierung richten werden, sofort begonnen.

Amerikas Vertretung auf der Botschafterkonferenz

Newyork, 27. Dezember.

(Eigener Drahtbericht.)

Das Staatsdepartement teilt mit, daß der amerikanische Botschafter in Paris, Herrick, nicht beauftragt sei, die amerikanische Regierung offiziell auf der Botschafterkonferenz zu vertreten. Das Staatsdepartement habe jedoch nichts dagegen einzuwenden, wenn der Botschafter der Konferenz als Beobachter beiwohne.

Ein deutscher Schritt in Washington

Washington, 27. Dezember.

Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, hat der hiesige deutsche Botschafter Dr. Wiedfeldt in der Frage der Kölner Zone den gleichen Schritt bei der amerikanischen Regierung unternommen, wie er in London, Paris, Rom und Brüssel erfolgt ist. Dr. Wiedfeldt hatte eine Unterredung mit Staatssekretär Hughes, in der er darauf aufmerksam machte, daß die von den Franzosen betriebene Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone starke Rückwirkungen auf die Stimmung des deutschen Volkes haben werde und die glatte Abwicklung des Dawesplanes gefährdet werden könnte, wenn sich ein dem Geiste dieses Abkommens entgegengesetztes Sanktionsverfahren wieder durchsetzen würde. In hiesigen politischen Kreisen, die dem Weißen Hause nahestehen, wird erklärt, daß nach Coolidges Ansicht die Regelung der Kölner Räumungsfrage ganz von den europäischen Regierungen abhänge. Die amerikanische Regierung habe kein legales, oder besser und korrekter ausgedrückt, offizielles Interesse an der Frage, aber Amerikas allgemeines Interesse verlange das Wohlergehen Europas. Da es sich um eine rein europäische Angelegenheit handele, sei bisher kein offizieller Akt seitens der amerikanischen Regierung erfolgt. Präsident Coolidge hoffe aber, daß eine freundschaftliche Einigung der europäischen Regierungen zustande kommen werde. Eine andere Erklärung aus den höchsten Kreisen des Staatsdepartements läßt ein späteres Eingreifen Amerikas offen, betont jedoch, daß eine Aktion Amerikas vor Zusammentritt der Botschafterkonferenz nicht in Betracht komme.

Minister Severing über die Beziehungen zu den Besatzungsbehörden

Paris, 27. Dezember.

Der „Excelsior" veröffentlicht Erklärungen, die der preußische Minister des Innern, Severing, seinem Berliner Vertreter gemacht hat. Danach soll der Minister sich dahin geäußert haben, daß er den bestimmten Eindruck habe, daß die Beziehungen zwischen den Besatzungsbehörden und den deutschen Beamten sich wesentlich gebessert haben. Der französische Oberkommissar Tirard sowie die einzelnen Bezirksdelegierten scheinen sich große Mühe zu geben, auf ihre Untergebenen im Sinne des Londoner Abkommens hinzuwirken. „Ich habe," so erklärte der Minister, „ihnen meine Absicht mitgeteilt, mit den französischen Behörden und dem französischen Volke überhaupt zu einer Verständigung zu gelangen. Ich bin der Meinung, daß die einzelnen Vertreter der beiden Länder häufiger zusammenkommen müßten, um so alle Mißverständnisse zu beheben." Was die innerpolitische Lage in Deutschland anlangt, so ist der Minister der Ansicht, daß die extremen Parteien trotz ihrer letzten Wahlniederlage neue Anhänger um sich scharen und den inneren Frieden auch weiterhin bedrohen werden, wenn sie sich nicht allmählich zu einer versöhnlichen Politik bekennen. Ueber den neuen Reichstag ist Severing der Ansicht, daß sich in ihm eine größere Mehrheit als im vergangenen für die Ausführung des Londoner Protokolls finden werde.

Englische Pressestimmen zu der deutschen Note an den Völkerbund

London, 27. Dezember.

Die englischen Pressestimmen zu der deutschen Note an den Völkerbund sind bisher recht spärlich gewesen, und auch die heutigen Morgenblätter haben die Frage mit keinem Wort berührt. Nur „Manchester Guardian" schreibt, daß die deutsche Note, die die Forderung aufstelle, Deutschland von seiner militärischen Verantwortlichkeit zu entbinden, falls der Völkerbund ein militärisches Eingreifen für erforderlich erachte, vermutlich mit Absicht zur gleichen Zeit abgesandt worden sei, als die Alliierten erklärten, daß die deutschen Rüstungen der Grund für das Verbleiben der englischen Truppen in Köln seien. Dieser Angelegenheit müsse der Völkerbund die größte Aufmerksamkeit schenken, um sich nicht in sie zu verwickeln. Indessen sei nicht anzunehmen, daß der Völkerbund seiner Meinung über die militärische Stärke Deutschlands Ausdruck verleihen würde, noch könne erwartet werden, daß das Sekretariat die Bedingungen der Mitgliedschaft in irgend einer Weise ändere. Der Völkerbund könne nur auf Grund der Instruktionen der Regierungen handeln, die im Völkerbund vertreten seien. Die deutsche Regierung drehe sich im Kreise herum, wenn sie die Entbindung von gewissen Verpflichtungen der Statuten zur Bedingung ihres Eintritts machen wolle. Dann könne eine Entscheidung hierüber vermutlich nicht vor dem nächsten Zusammentritt des Völkerbundsrates, nämlich in neun Monaten, gefällt werden, und es sei auch dann zweifelhaft, ob der Völkerbundsrat Deutschland von Verpflichtungen entbinden würde, die andere Mitglieder des Völkerbundes, die sich in keiner besseren verteidigungsfähigen befanden, ungenommen hätten.

Gegen das Magdeburger Urteil

Berlin, 27. Dezember.

Wie die Abendblätter melden, ist dem Reichspräsidenten aus Anlaß des Urteils im Magdeburger Prozeß eine große Fülle von Kundgebungen zugegangen. Außer den bereits veröffentlichten Erklärungen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung hat auch das hessische Staatsministerium sich dem Beschluß des Reichskabinetts angeschlossen und dem Reichspräsidenten sein unerschütterliches Vertrauen ausgesprochen. Exzellenz Dr. Harnack schreibt an den Reichspräsidenten: „Aus den Gefühlen der Gerechtigkeit und aufrichtiger Verehrung ist es mir ein tiefes Bedürfnis, der Entrüstung Ausdruck zu geben, mit der mich der Magdeburger Prozeß und das richterliche Fehlurteil erfüllt haben." Professor Max Liebermann schreibt: „Ich fühle mich gedrungen, Ihnen zu sagen, daß auch ich, wie jeder anständig empfindende Deutsche, über die Begründung des Magdeburger Urteils aufs äußerste empört bin."

Der Hamburger Senat an den Reichspräsidenten

Hamburg, 27. Dezember.

Der Senat hat an den Reichspräsidenten Ebert das folgende Telegramm gesandt:

„Der Senat schließt sich der Erklärung der Reichsregierung in vollem Umfange an und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Feststellungen des Magdeburger Prozesses beweisen, mit welcher vorbildlichen Treue Sie jederzeit dem deutschen Vaterlande gedient haben."

Die Kurzschrift der Reichsbeamten

Berlin, 27. Dez.

Der Reichsminister des Innern hat nach Verhandlung mit den Spitzenorganisationen folgende Richtlinien für die Verpflichtung der Reichsbeamten zur Erlernung der Einheitskurzschrift bekanntgegeben:

Von den am 1. Oktober 1925 oder später in den Reichsdienst eintretenden Beamten, die ihre Eingangsstellung von Besoldungsgruppe IV an aufwärts haben, ist bei Eintritt in den Vorbereitungsdienst die Kenntnis der Einheitskurzschrift zu verlangen.

Für die am 1. Oktober 1925 vorhandenen Beamten gilt folgendes: Die Beamten, die eine Kurzschrift auf Grund einer bereits bestehenden dienstlichen Verpflichtung beherrschen, haben sich bis zum 1. Oktober 1925 die Kenntnis der Einheitskurzschrift anzueignen. Treten die Beamten nach dem 1. April 1925 in den Reichsdienst ein, so haben sie zur Erlernung eine halbjährige Frist.

Die Beamten, die zur Beherrschung einer Kurzschrift bisher dienstlich nicht verpflichtet sind, haben sich, sofern sie am 1. April 1926 das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bis zu diesem Tage die Kenntnis der Einheitskurzschrift anzueignen; haben sie am 1. April 1926 das 30. Lebensjahr bereits vollendet, so ist ihnen die Erlernung der Einheitskurzschrift anzuempfehlen.

Die Angestellten, insbesondere die Kanzleikräfte, sind darauf aufmerksam zu machen, daß vom 1. Oktober 1925 ab im Behördenbetrieb die Einheitskurzschrift verwendet und ihre Kenntnis, insbesondere bei den Angestellten des Kanzleidienstes, vorausgesetzt wird.

Die oberen Reichsbehörden oder die von ihnen ermächtigten nachgeordneten Behörden können Ausnahmen und Erleichterungen von den Vorschriften zulassen. Sie können insbesondere Gruppen von Beamten und Angestellten, die nur wenig zu schreiben oder Akten usw. zu lesen haben, von der Erlernung der Einheitskurzschrift befreien. Auf die Kriegsbeschädigten ist angemessene Rücksicht zu nehmen.

Unter „Kenntnis der Einheitskurzschrift" ist die Fähigkeit zu verstehen, in der Einheitskurzschrift gut und leserlich zu schreiben und in dieser Handschrift Geschriebenes zu lesen; eine bestimmte Schreibgeschwindigkeit wird nicht gefordert.

Soweit die dienstlichen Bedürfnisse es erfordern, bleibt es den obersten Reichsbehörden oder den von ihnen ermächtigten nachgeordneten Behörden unbenommen, weitergehende Anforderungen in der Kenntnis der Einheitskurzschrift an die Beamten und Angestellten ihrer Geschäftsbereiche, insbesondere für Neueinstellungen im Kanzleidienst zu stellen.

Die Behörden haben die Bestrebungen der Beamten und Angestellten, die Einheitskurzschrift zu erlernen, möglichst zu fördern.

Das Siedlungswerk für abgebaute Beamte

Berlin, 27. Dezember.

Trotz mannigfacher Schwierigkeiten in der Frage der Fürsorge für abgebaute Beamte ist es doch gelungen, im letzten Jahre einem Teil der aus dem Reichs- oder Staatsdienst Entlassenen eine neue Existenz zu schaffen. Die Beamtensiedlungsverordnung hatte einen Teil des Ruhegehaltes der Abgebauten in eine veräußerbare Zeitrente verwandelt und das Reich außerdem einen besonderen Kredit fond zur Verfügung gestellt, so daß bis Ende dieses Jahres die Finanzierung von 2100 Reichsbeamten-Wohnstätten möglich wurde. Eine Anzahl von Städten, besonders Frankfurt a. O., ist durch großzügige Bodenpolitik den Bestrebungen der Reichsregierung entgegengekommen und hat durch Hergabe billigen Pachtlandes diesen Beamten zu einer neuen Existenz verholfen. An dem Siedlungswerk sind die Beamten der unteren Gehaltsgruppen 1—6 am stärksten beteiligt, da sie 74,9 Prozent der Siedlungen erhalten haben. Bisher geschah die Finanzierung derart, daß die ersten 2000 Mark des notwendigen Siedlungskapitals als Rentenkapital gegen 5 Prozent Zinsen, das restliche Darlehen als Zwischenkredit gegen eine zehnprozentige Verzinsung vergeben wurden. In der Reichskommissarsitzung vom 15. Dezember ist jedoch festgelegt worden, daß der Zinssatz des Zwischenkredits grundsätzlich den jeweiligen Geldverhältnissen angepaßt und sich in einer derartigen Höhe halten soll, daß die Ablösung der Zwischenkredite durch Gelder aus dem freien Markt erreicht wird. Auf diese Weise können die zurückfließenden Reichsmittel immer weiteren Kreisen der abgebauten Beamten zugutekommen.

Vor der Beilegung des Konfliktes Ruprecht-Ludendorff

München, 27. Dez.

(Eigener Drahtbericht.)

In eingeweihten politischen Kreisen verlautet, daß der Konflikt zwischen Kronprinz Ruprecht und General Ludendorff in kurzem beigelegt werden dürfte und zwar habe sich Ludendorff aus politischen Erwägungen heraus veranlaßt gesehen, den ehemaligen Kronprinzen schriftlich um Entschuldigung zu bitten. Ruprecht soll sich bereit erklärt haben, die ihm im Wortlaut bereits mitgeteilte Entschuldigung anzunehmen.

Die Verhaftungen in der Affäre Kutisker

Berlin, 27. Dezember.

Zu den weiteren Verhaftungen im Fall Kutisker erfährt die „Telegraphen-Union", daß Generaldirektor Blau, der ehemalige Prokurist Blei der Steinbank, Major Rother von der Blau-G. m. b. H. und der Sohn Kutiskers, Sascha Kutisker, im dringenden Verdacht stehen, an dem gegenüber der Preußischen Staatsbank zwecks Erlangung hoher Kredite für das Bankhaus e. v. Stein verübten Betrügereien beteiligt zu sein. Es handelt sich dabei um die „Sicherheiten", die die Seehandlung für ihre Kredite von Kutisker in Gestalt von Hypotheken und Wechseln erhielt. Schon gleich zu Beginn der ganzen Angelegenheit ist der Staatsbank zum Vorwurf gemacht worden, daß sie es in dieser Hinsicht, vor allem hinsichtlich der Prüfung der Bonität der Kutiskerschen Sicherheiten, an der notwendigen Sorgfalt habe fehlen lassen. Die Wechsel, die Kutisker gegeben hat, tragen die Unterschriften von Firmen, die entweder gar nicht existieren, oder hinter deren Firmenbezeichnung überhaupt kein greifbares Unternehmen steht. Ueber die Persönlichkeiten der Verhafteten erfährt man noch, daß Kutisker jun. offiziell sich als Direktor der Deutschen Kreditbank A.-G., der Nachfolgerin der Scharlach-Bank, betätigte. Major Rother dürfte zu Kutisker infolge seiner Tätigkeit bei der Reichstreuhand-Gesellschaft in Beziehungen getreten sein. Vom Generaldirektor Blau wird behauptet, daß er bereits schwer vorbestraft ist und daß er als Mitglied des Soldatenrats in Köln in der Revolution eine Rolle gespielt habe.

40 Jahre Verband reisender Kaufleute

Berlin, 27. Dezember.

Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands blickt am 27. Dezember 1924 auf ein 40jähriges Bestehen zurück. Der Verband ist mit seinen mehr als 80000 Mitgliedern, die in 121 Sektionen einer großen Anzahl von Gauen zusammengeschlossen sind, die größte Berufsvertretung seiner Art in Deutschland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192412282-12/fragment/page=0001

Ein Aufruf zur Regierungsbildung im Reiche

Jena, 23. Dezember.

Männer und Frauen der verschiedensten Parteirichtungen erlassen folgenden Aufruf:

„Aufs neue feiert der Parteihader in Berlin Triumphe. Man stürzte ohne Grund das Volk in einen törichten Wahlkampf, um ein machtlüsternen Parteiführern genehmes Parlament zu schaffen. Nachdem das Volk sich erneut für eine stabile nationale Regierung entschieden hat, ist man zu feig, die Konsequenzen zu ziehen. In einem Augenblick, in dem das vertragswidrige Verhalten der Entente eine feste Regierung dringend erheischt, machen uns kleinlichste Parteiintrigen und die völlige politische Unfähigkeit ihrer Urheber zum Gespött des Auslandes. Im klaren Bewußtsein des Ernstes der Lage erheben wir auf das schärfste gegen jede weitere Hinausschiebung der Regierungsbildung Widerspruch. Die Geduld des Volkes ist erschöpft. Gelingt es nicht, mit den gegenwärtigen Möglichkeiten sofort Abhilfe zu schaffen, so steht die Frage zur Entscheidung, ob die Weimarer Verfassung geeignet ist, Deutschlands Zukunft sicherzustellen. Die Regierungskrisis wird dann zur Staatskrisis, deren Lösung keinerlei Aufschub mehr erduldet."

Unterzeichnet: Stadtbaudirektor Bandtlow, Prof. Bauch, Vorstandsmitglied der Firma Zeiß Dr. h. c. Bauersfeld, Prof. Berger, Oberlandesgerichtsrat Dr. Blomeyer, Oberlandesgerichtsrat Dr. Brodführer, Prof. Cartellieri, Oberlandesgerichtsrat Creutzfeld, Senatspräsident Deinhardt, Oberlandesgerichtsrat Dr. Deinhardt, General d. Inf. N. v. Eberhardt, Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Ebsen, Prof. Edler, Prof. Ludwig Elster, Amtsgerichtsrat Engelhardt, Prof. Eucken, Prof. Hans Albrecht Fischer, Verlagsbuchhändler Dr. Gustav Fischer, General d. Inf. Franks, Prof. Gelzer, Prof. Gerland, Prof. Goetz, Prof. Graber, Dr. B. v. Hagen, Dr. med. Hahn, Amtsgerichtsrat Hansen, Frau Dr. Magnus Hansen, Prof. Haußner, Prof. Henkel, Prof. Hesse, Prof. Heussi, Prof. Ibrahim, Prof. Judeich, Oberlandesgerichtsrat Köhler, Prof. Koellreutter, Oberlandesgerichtsrat Körner, Vorstandsmitglied der Firma Zeiß Dipl.-Ing. Kotthaus, Dr. med. Leitner, Prof. Leitmann, Frau Staatsminister Leutheuser, verzl. Rektor der Universität Prof. Link, Prof. Löhlein, Prof. Lommel, Prof. Michels, Rechtsanwalt Lotze, Rechtsanwalt Dr. Messer, Prof. Maurer, Oberlandesgerichtsrat Dr. Müller, Prof. Nieden, Buchdruckereibesitzer Pohle, Dr. med. Puppel, Prof. Rein, Rechtsanwalt Ruland, Stadtrat Schietrumpf, Oberlandesgerichtsrat Dr. Schmidt, Oberlehrer Dr. Schoen, Dr. h. c. Otto Schott, Prof. v. Deidlitz, Direktor Dr. L. Sommer, Prof. Stark, Prof. Stegmann, Oberlandesgerichtspräsident Dr. h. c. Stichling, Prof. Stintzing, Amtsgerichtsrat Stolze, Privatdozent Dr. Thiemann, Prof. Thümmel, Generalstaatsanwalt Trautvetter, Berufsschullehrer Trier, Generalmajor a. D. Troemer, Geheimer Staatsrat Dr. Vollert, Rechtsanwalt Wagner, Prof. Weiß, Prof. Wendt, Prof. Wien, Prof. v. Zahn.

Der Schiffsverkehr auf Ober- und Mittelelbe eingestellt

Hamburg, 27. Dezember.

Die Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften teilen mit: Die in den letzten Tagen eingetretene Kälte hat auf der Ober- und Mittelelbe starke Eisbildung erzeugt, die uns zwingt, den regelrechten Schiffahrtsbetrieb gemäß Paragraph 113 der Verfrachtungsbedingungen mit dem heutigen Tage als geschlossen zu erklären.

Primo de Rivera über den spanischen Rückzug in Marokko

Paris, 27. Dezember.

Primo de Rivera hat einem Vertreter der „Chicago Tribune" in Tanger erklärt, daß er vor Mitte Januar nicht nach Madrid zurückkehren werde. Spanien werde künftig nur noch die Küstengegenden besetzt halten. Der Rückzug der spanischen Truppen könne nicht als eine Verletzung des spanisch-französischen Abkommens ausgelegt werden. Primo de Rivera betonte weiter: „Der Rückzug geht einzig und allein Spanien an. Frankreichs Interessen werden nicht berührt und ich bin überzeugt, daß die Franzosen von einer internationalen Aktion absehen werden. Wir ziehen unsere Truppen nach der Küstengegend zurück. Es ist zu bedenken, daß Spanien erst seit wenigen Jahren das Innere des Landes, das wir jetzt räumen, besetzt hält. Unser Protektorat wurde bisher nicht angezweifelt und wenn man es jetzt verfechten will, so ist es zu spät. Wir werden auch weiterhin unsere Oberhoheit über das gesamte uns zugesprochene Gebiet ausüben, unsere Verwaltung aber lediglich auf die Küstengegenden beschränken."

Der Fall von Tirana bestätigt

Genf, 27. Dezember.

Das albanische Pressebüro in Genf veröffentlicht eine Mitteilung, nach der die Nationalarmee vor den überlegenen Streitkräften der Serben und der auf serbischem Boden gebildeten Banden Tirana geräumt und sich auf die befestigte Linie Stembing (?) zurückgezogen habe. Zur provisorischen Hauptstadt des Landes sei Valona ausersehen. Die Regierung Fan Noli ist geflüchtet. Achmed Zogul hat ein neues Kabinett gebildet. Die Truppen Fan Nolis sollen zum größten Teil zu den Rebellen übergegangen sein.

Der Massenmörder von Münsterberg

Die Aufdeckung der Münsterberger Mordaffäre

Münsterberg, 27. Dezember.

Die schweren Bluttaten, die der Handelsmann Karl Denke in dem schlesischen Städtchen Münsterberg verübt hat, haben großes Aufsehen erregt. Die Nachforschungen der Münsterberger Polizei haben etwas Licht in das Dunkel gebracht. Bei der Durchsuchung der Wohnung Denkes fiel einem Beamten auf, daß in drei Töpfen gekochtes Fleisch war. Im Holzstall stand ein großer Holzkübel, der gleichfalls mit Fleischstücken, und zwar mit eingesalzenem Fleisch angefüllt war. Der Beamte mußte zu seinem Entsetzen feststellen, daß sich unter den Pökelstücken Teile einer behaarten Männerbrust befanden, sowie andere Teile des menschlichen Körpers. Wie die medizinischen Sachverständigen später erkannten, handelt es sich bei dem Inhalt des Kübels um Menschenfleisch, das vor ungefähr drei Wochen eingesalzen war. Eine schaurige Entdeckung folgte der anderen. Ein hölzernes Faß, das auf dem Verschlage des Stalles verdeckt stand, enthielt menschliche Fingerglieder, Gelenke und Zehen. Schüsseln mit Menschenfett lamen zum Vorschein, eine gekochte Haut, von der das Fleisch heruntergeschabt war. Der furchtbarste Fund sind wohl zwei gelblichbraune Hosenträger aus Menschenhaut. Die Hosenträger, die Denke bei seiner Verhaftung trug, sind gleichfalls aus diesem Material. Diele und Bettwäsche wiesen Blutspuren auf. Im Schrank hingen Mäntel und andere Kleidungsstücke von den Opfern, Gewaschene Wäsche wurde gefunden, die der Verbrecher mit dünnen Riemen aus Menschenhaut gebündelt hatte.

Eine erschütternde Sprache reden Papiere, die auf fünf verschiedene Handwerksburschen lauten: Quittungskarten, Arbeits- und Krankenhausbescheinigungen. Alle fünf sind ältere Personen. Der Massenmörder hat seine grausigen Verbrechen nicht in der Einsamkeit verübt, sondern in einem bewohnten Hause. Die gegenwärtigen und früheren Mieter erzählen, in jedem Sommer kam aus Denkes Zimmer ein widerlich süßlicher Geruch. Er war zuweilen derart unerträglich, daß die Fenster geschlossen werden mußten. Nachts erscholl oft ein Hacken und Sägen. Denke holte sich aber Lindenholz aus dem Walde und verfertigte daraus Brotkörbchen. Deshalb dachte niemand daran, daß die Gerüsche von der Leichenzerstückelung herrührten könnten. In der Herberge zur Heimat forderte Denke Handwerksburschen auf, zu ihm zu kommen, mit der Bemerkung, er habe Arbeit für sie. Vor zwei Jahren hatte er einem Handwerksburschen beim Diktieren von rückwärts eine Kette um den Hals geworfen. Der Mann vermochte sich aber wieder frei zu machen und erzählte sein Erlebnis. Er wollte auch Anzeige erstatten, unterließ es aber in der Furcht, wegen Bettelei selbst bestraft zu werden.

Die Köpfe der Opfer, sowie große Knochen wurden bisher nicht aufgefunden. Vermutlich hat Denke diese zersägt, im Walde vergraben, oder aber in den Ohlefluß geworfen. Im Garten befindet sich aber auch ein tiefes und breites Moorbruch. Das schwarze Moorwasser wird wohl auch das Versenkungsort der Knochen gedient haben; die Polizei beabsichtigt deshalb, den Teich abzulassen. Wahrscheinlich betrieb Denke seine Menschenschlächterei nicht nur Jahre, sondern über ein Jahrzehnt, und wahrscheinlich sind zahlreiche Handwerksburschen am Schreibtisch von der Spitzhacke getroffen, nachts zerstückelt, eingepökelt und später verzehrt worden. Die Motive, die Denke zum Kannibalen werden ließen, sind noch in Dunkel gehüllt. Bis jetzt deutet nichts darauf hin, daß sexuelle Momente eine Rolle gespielt haben. Man muß annehmen, Denke habe seine Opfer nach einem wohlüberlegten Plan lediglich zum Zwecke des Fleischgenusses getötet.

Auch ein weibliches Opfer des Massenmörders

Münsterberg, 27. Dezember.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Aufdeckung der Mordtaten, die der frühere Stellenbesitzer Denke vielleicht schon seit mehreren Jahren in Münsterberg begangen hat, hat die Bevölkerung Münsterbergs und des ganzen Kreises Münsterberg in große Aufregung versetzt. Ähnlich wie im Falle Haarmann laufen nunmehr von allen Seiten Vermißten-Anzeigen oder Meldungen über Personen ein, die wohl beim Betreten der Wohnung Denkes gesehen, dann aber wieder spurlos verschwunden seien. Schon jetzt scheint festzustehen, daß Denke nicht nur Männer ermordet hat, sondern daß sich unter seinen Opfern auch ein Mädchen befindet, das aus Eichau, Kreis Münsterberg, stammt und seit vier Wochen spurlos verschwunden ist, nachdem man es zuletzt in der Feldstraße in Münsterberg in unmittelbarer Nähe der Wohnung Denkes gesehen hat. Damit würde sich die Annahme bestätigen, daß der Massenmörder von Münsterberg im Gegensatz zu Haarmann nicht aus sexuellen Gründen gemordet hat, sondern daß er lediglich aus Habgier jede günstige Gelegenheit benutzte, um Fremde, die mittellos oder arbeitsuchend bei ihm vorsprachen, umzubringen, um sich in den Besitz ihrer wenn auch noch so armseligen Barschaft und Kleidungsstücke zu setzen, während er aus irgendeiner krankhaften Veranlagung heraus das Fleisch seiner Opfer verzehrte oder zu späterem Genuße konservierte. Diese Annahme wird auch unterstützt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sich der Mörder befand. Denke hatte seine Besitzung, auf der er Landwirtschaft und Ackerbau betrieben hatte, während der Inflationszeit an einen Produktenhändler für mehrere Millionen Mark verkauft, sich aber freie Wohnung auf seinem bisherigen Besitz ausbedungen. Die aus dem Verkauf stammenden Geldmittel waren bald völlig entwertet, so daß der über 50jährige bald mittellos dastand. Einem ordentlichen Erwerb ging er nicht nach. Er betrieb lediglich noch ein wenig Gartenbau und verdiente sich einige Pfennige mit dem Schnitzen hölzerner Brotteller. Der Rhabarber aus dem Garten Denkes war übrigens in der ganzen Stadt als besonders gut bekannt. Man wußte allgemein, daß dieser Sonderling die schönste Rhabarberzucht hatte. Erst jetzt stellte sich heraus, worauf das Gedeihen dieser Pflanzen zurückzuführen ist. Denke hat nämlich das Blut seiner Opfer zur Düngung der Rhabarberbeete verwandt. Die Nachbarn hatten ihn wohl öfter eine trübe rötliche Flüssigkeit im Garten ausgießen sehen, hatten aber nie dabei etwas Auffälliges gefunden, zumal man von Denke auch behauptete, daß er Hunde schlachtete.

Primo de Rivera über den spanischen Rückzug in Marokko

Paris, 27. Dezember.

Primo de Rivera hat einem Vertreter der „Chicago Tribune" in Tanger erklärt, daß er vor Mitte Januar nicht nach Madrid zurückkehren werde. Spanien werde künftig nur noch die Küstengegenden besetzt halten. Der Rückzug der spanischen Truppen könne nicht als eine Verletzung des spanisch-französischen Abkommens ausgelegt werden. Primo de Rivera betonte weiter: „Der Rückzug geht einzig und allein Spanien an. Frankreichs Interessen werden nicht berührt und ich bin überzeugt, daß die Franzosen von einer internationalen Aktion absehen werden. Wir ziehen unsere Truppen nach der Küstengegend zurück. Es ist zu bedenken, daß Spanien erst seit wenigen Jahren das Innere des Landes, das wir jetzt räumen, besetzt hält. Unser Protektorat wurde bisher nicht angezweifelt und wenn man es jetzt verfechten will, so ist es zu spät. Wir werden auch weiterhin unsere Oberhoheit über das gesamte uns zugesprochene Gebiet ausüben, unsere Verwaltung aber lediglich auf die Küstengegenden beschränken."

Der Fall von Tirana bestätigt

Genf, 27. Dezember.

Das albanische Pressebüro in Genf veröffentlicht eine Mitteilung, nach der die Nationalarmee vor den überlegenen Streitkräften der Serben und der auf serbischem Boden gebildeten Banden Tirana geräumt und sich auf die befestigte Linie Stembing (?) zurückgezogen habe. Zur provisorischen Hauptstadt des Landes sei Valona ausersehen. Die Regierung Fan Noli ist geflüchtet. Achmed Zogul hat ein neues Kabinett gebildet. Die Truppen Fan Nolis sollen zum größten Teil zu den Rebellen übergegangen sein.

Neuer Sowjetbotschafter in Paris

Paris, 27. Dezember.

Nach einer „Havas"-Meldung rechnet man mit der Ernennung des Georgiers Midwani zum Sowjetbotschafter in Paris an Stelle von Krassin. Midwani vertritt als scharfer Kommunist das Leninsche Dogma und ist Anhänger der Tscheka, deren ausführendes Organ er während des Aufstandes seines Heimatlandes war.

Kommunisten zum Tode verurteilt

Kowno, 27. Dezember.

Dieser Tage wurde in einer außerordentlichen Sitzung des Kownoer Kriegsgerichts gegen fünf Kommunisten verhandelt. Diese waren angeklagt, kurz nach dem Revaler Putsch in Kowno kommunistische Literatur verbreitet zu haben, worin zum Sturz der Regierung aufgefordert wurde. Vier Kommunisten wurden zum Tode verurteilt. Der fünfte Angeklagte, ein 18jähriges Mädchen, erhielt mit Rücksicht auf seine Jugend lebenslängliches Zuchthaus.

Die Feuersbrunst beim Weihnachtsfest

Howart, 27. Dezember.

Wie wir bereits gestern berichteten, ereignete sich bei einer Weihnachtsfeier in Howart (Oklahoma) ein furchtbares Unglück. Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten: Bei einer Schulfeier, der 300 Kinder beiwohnten, stieß der Darsteller des Knecht Ruprecht versehentlich eine Kerze vom Weihnachtsbaum. Ehe man sich versah, war der ganze Raum ein Flammenmeer. Die Kinder versperrten in ihrer Angst den Ausgang, und die wenigen im Saal befindlichen Erwachsenen konnten nicht die notwendigen Maßregeln ergreifen, um eine schleunige Räumung zu bewerkstelligen, da der sich entwickelnde Rauch und die Schreie der Kinder eine allgemeine Panik hervorgerufen hatten. 42 Leichen wurden unter den Trümmern des Hauses gefunden. Davon waren 22 bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Man mußte eine Zählung der Einwohner vornehmen, um die Namen der Opfer festzustellen. Die Schreckensszenen wiederholten sich, als ein Kaufhaus gegenüber dem Krankenhause, in dem man die Kinder untergebracht hatte, ebenfalls anfing zu brennen. Die Kinder, halb wahnsinnig vor Angst, stürzten sich auf die Ärzte und Wärterinnen. Nur mit Mühe gelang es, sie zu verbinden und sie zu Bett zu bringen. Die Opfer sollen alle gemeinsam in einem Grabe beigesetzt werden.

Die Sterne lügen nicht

Von Richard Rieß.

Es soll nicht länger verheimlicht werden: Ich bin ein „Merkur"-Kind und mein Merkur hat einen Uranus-Aspekt.

Ich habe das lange Zeit nicht gewußt, und daher sagt der Dr. Oberschmidt, nun sei ihm alles klar. Die ganzen Dummheiten, die ich gemacht, seien nur auf die Unkenntnis der astrologischen Voraussetzungen meines Daseins zurückzuführen. Mit meinem bildschönen Uranus-Aspekt im Hause der Ehe hätte ich nie und nimmer heiraten dürfen. Und das ganze Unglück auf dieser Welt läme nur daher, daß die Menschen ihr Horoskop zu wenig kennen.

Mir hat der Herr Dr. Oberschmidt mein Horoskop gestellt. Vorher wollte er das genaue Datum meines Eintritts in die menschlich-irdische G. m. b. H. wissen. Ich drahtete daher mit Rückantwort an meine Mutter: „Erbitte drahtlich genaue Geburtszeit." Meine gute Mutter teilte mir mit, sie habe das Geld für die Rückantwort in wollenen Socken angelegt, die mir das Christkind bringen würde. Im übrigen sei ich an dem mir seit mehr als dreißig Jahren bekannten Tage geboren worden, zu welcher Stunde, das könnte sie nicht genau bestimmen. Ihre Uhr sei damals stehen geblieben. Und dann habe sie in letzter Zeit ein so schlechtes Gedächtnis, daß sie der Verzweiflung nahe sei. Für alle Fälle empfahl sie mir die Konsultation eines Nervenarztes. — Als Volkstriktum teilte sie mir noch schnell mit, daß es damals Hühnersuppe gegeben habe.

Ich gab das an Dr. Oberschmidt weiter, und der sagte, alsdann wäre es wichtig, das zu jener Mahlzeit geschlachtete Huhn hinsichtlich seines Horoskops zu erforschen. Da das nach so vielen Dekaden schwer zu bewerkstelligen schien, war ich nun ganz verzweifelt. Und ich wäre es noch stundenlang länger gewesen, hätte man mir nicht plötzlich ein Telegramm gebracht, in dem nichts stand als die lakonischen Worte: „Unkunft halb zwölf".

„Ausgezeichnet," sagte Dr. Oberschmidt. Und ich dürfte nur kurz nach Neunond mich in größere Unternehmungen einlassen. Aber möglichst nicht mit Widder-Menschen. Im übrigen sei ich ein ausgezeichneter Diplomat, wenn auch freilich ein vom Skorpion beträchtlicher, weshalb hervorgehe, ich dürfe nicht in der Herausbekommen. Dr. Oberschmidt lieh mir sofort drei Papiermark fünfzig darauf. So felsenfest war er von meinen Erfolgen überzeugt. Meinem Beruf sagte ich ab. Wozu ihn den Stachel löken. Noch heute sollte ich in der Lotterie spielen. Und auch die „Jungfrau" sei mir gnädig. Sie stände bei mir im günstigsten Hause.

„Au", schrie ich. „Was tu ich nur, um dem zu entgehen?"

Dr. Oberschmidt aber sagte, gegen das Horoskop gebe es keine Rückversicherung. Und die einzige Möglichkeit, etwas zu korrigieren, liege beim Stern. Wenn der sich hineinmische, dann ließen die Planeten vielleicht mit sich reden. Das ist ja die Kunst der Rechtsanwälte.

Ich dachte aber an jemandem ganz anderen, nämlich an die mir gnädige „Jungfrau". Sie hieß Frieda und hatte nie etwas zum Anziehen. Dafür rühmte sie sich großer Künste im Haushalt und einer im Hintergrunde langsam das Zeitliche segnenden Erb- und Schleichtante.

„Und sonst sagt mein Horoskop nichts?" fragte ich Dr. Oberschmidt.

„Gewiß. Sie haben eine miserable Handschrift und sind verschlagen, hohl, zynisch und lasterhaft."

Mir blieb mein Gebiß im Halse stecken, als ich Dr. Oberschmidt also reden hörte.

„. . . d. h. nur, wenn Ihr Uranus im Wasserzeichenmann steht . . . ."

„Im Wasserzeichen? Ist denn mein Uranus eine Briefmarke oder eine Banknote?"

„Sehen Sie, wie recht ich habe?" erwiderte Dr. Oberschmidt. „Sie sind hohl und lasterhaft, zynisch und verschlagen! Im übrigen wissen Sie, was ich Ihnen gesagt habe. Nützen Sie Ihren Uranus-Aspekt im zweiten Hause. Sie haben dort zwar nicht das Venuszeichen Stier wie Pierpont Morgan, aber Ihr Uranus würde es auch schaffen. Kaufen Sie sich ein Lotterielos, setzen Sie sich an den nächsten Pokertisch. Lösen Sie Preisrätsel, bewerben Sie sich um eine Staatsstellung, versuchen Sie, einen Stehgalerieplatz in die Oper zu kriegen — kurz, hasardieren Sie, so gut wie's geht. Es wird gehen! Mit Ihrem Uranus-Aspekt könnten Sie sich getrost sogar für eine neue Wohnung vormerken lassen. Ihnen wird es glücken!"

Ich folgte dem Rate Dr. Oberschmidts. Freilich nicht dem hinsichtlich der Wohnung. Man soll von seinem Uranus nicht gleich zuviel verlangen. Dafür war ich überzeugt in der Klassenlotterie mit dem großen Lose und sämtlichen Prämien länger mißhandelt. Ich kaufte mir eine Dauerkarte für den Pokertisch und drahtete an Morgan: „Ober-Uranier bittet Venus-Stier-Menschen um guten Börsentipp." Dann bewarb ich mich um den Posten eines Ministerpräsidenten. Nun sollte der Uranus-Aspekt mal zeigen, was er konnte.

Er zeigte es. Ich hatte das Glück, nicht Ministerpräsident zu werden. Aber sonst —. In der Klassenlotterie gewann ich nur Erfahrung und in der, die „Kunstgegenstände" verhieß, ein von der letzten Glaspalastausstellung übriggebliebenes Stillleben.

„Mensch!" schrie ich den Dr. Oberschmidt an. „Ist das Ihr, ist das mein Uranus-Aspekt?"

„Ja, mein Lieber," antwortete der. „Der Uranus ist schon sehr günstig, aber leider, leider ist er vom Krebs beherrscht. Dafür haben Sie im siebten Hause die „Jungfrau". Rühren Sie keine Karte an, lassen Sie Ihre Lose verfallen, verzichten Sie auf den Ministersitz, werden Sie lieber, um eine Familie ernähren zu können, Kanalreiniger und — heiraten Sie! Ihre Ehe ist wahrhaftig im Himmel beschlossen worden!"

Mit aller Vorsicht teilte ich mit, daß jene Frieda, die nie etwas zum Anziehen hat, meine Frau geworden ist.

Seit gestern bin ich geschieden. Nun darf ich wieder frei herumgehen. Ich wagte mich sogar ins Café . . . zu Herrn Dr. Oberschmidt.

„Nun?" fragte der. Da sagt' ich's ihm.

Sehen Sie, die Sterne lügen nicht! Ihre „Jungfrau" ist ja vom Skorpion beleuchtet. Der macht die „Jungfrau" stachlich und giftig! Ihr Leben ist geradezu ein Musterbeispiel für die unentrinnbare Einwirkung der Gestirne . . . Wären Sie nicht um halb zwölf geboren, sondern um 11.38 Uhr, alsdann hätten Sie wahrscheinlich ganz andere Erfahrungen gemacht!"

„Halb zwölf? Woher wissen Sie? Das Telegramm damals . . . das war ja ein Irrtum . . . Das zeigte nicht meine Ankunft im Leben, sondern die meines Onkels in München an. Ich hab ihn damals nicht an der Bahn erwartet . . . und er hat mich enterbt. . . . das hab ich jetzt von meinem Uranus-Aspekt!"

„Sie haben ja nach alledem gar keinen Uranus-Aspekt. Seien Sie überzeugt: Die Sterne lügen nicht. Und nun . . ."

Nun bin ich verzweifelt. Ich hatte mich mit meinem Uranus-Aspekt so gefreut. Nun kann ich schauen, wo ich einen neuen hernehme. Den erbetenen Börsentipp hat Morgan mir nicht geschickt. Vielleicht pumpt er mir mal seinen Planeten . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192412282-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 28. Dezember.

Vergeistigung

Sonntagsgedanken.

Die Fortschritte der Technik, unter deren Eindruck wir alle stehen, haben eine große Verflachung der Volksseele mit sich gebracht. Sie haben uns tief beunruhigt, ohne einen seelischen Ausgleich zu schaffen. Wir sind alle ein wenig ratlos, wo das noch hinaus will und fragen uns manches liebe Mal, was denn nun in Wirklichkeit dazu beitrage, unser Leben lebenswerter zu machen, als bisher.

Gewiß ist es schön, daß durch einen einzigen kleinen Druck ein Haus, vielleicht sogar mit allen Nebengebäuden elektrisch erleuchtet werden, daß man mit Radioanschluß in seiner Arbeitsstube hören kann, was die Minister in Berlin reden, es sind große Erleichterungen und schöne Anregungen damit gegeben, aber hat man nicht ein wenig das Gefühl dabei (man sei ganz ehrlich), daß wir bei aller technischen Ueberfättigung geistig und geistlich dabei hungern? Vergeistigung eines Volkes oder nur eines einzigen Menschen kann man durch Technik und Methoden nicht erzwingen, so etwas muß wachsen.

Man hat uns Deutsche das Volk der Dichter und Denker genannt, damals mit Recht, heute würde es unrecht geschehen. Jene seelischen Kräfte, die man an den Generationen vor uns rühmte, haben wir verkümmern lassen. Der deutsche Idealismus wurde durch einen deutschen Materialismus totgeschlagen. Wir hatten 1914 auch eine Freiheitsbewegung, die das ganze Volk wie vor hundert Jahren ergriff, aber sie war innerlich gehemmt und von Ermüdungsgift der Selbstsucht durchsetzt. Wir betonten unser eigenes kleines Ich zu stark und vergaßen darüber, daß der einzelne vor seinem Volk ein Nichts ist.

Den großen Opfergedanken des Christentums, die tiefe Pflicht der wahren Nächstenliebe, die tägliche seelische Reinigung nahmen wir zu wenig ernst; sie zu haben, war Tradition und Zeichen anständiger bürgerlicher Gesinnung geworden, ihnen zu leben hielt man für zu umbequem. Jeder glaubte für sich eine Ausnahme machen zu können. Nun sind wir bei einer entsetzlichen Versandung und Oberflächenkultur angekommen.

Es gibt keine Vergeistigung ohne Willen zum Ernst und ohne innere Einkehr und Umkehr. „Wer sein Leben sucht, der wird es verlieren, und wer es verliert, der wird es finden."

Halte Einkehr, deutsches Volk! In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne.

Ist „Molkereibutter" eine Qualitätsbezeichnung?

Mit dieser für Händler und Produzenten gleich wichtigen Frage beschäftigt sich Rechtsanwalt Böttger, in Heft 11 der vom Deutschen Anwaltverein herausgegebenen Juristischen Wochenschrift (S. 772); er kommt zu folgendem Ergebnis:

1. Da die Herstellung der sogenannten Molkereibutter auch in Wirtschaftsbetrieben, die weder zu den Privat- noch Genossenschaftsmolkereien gehören, zulässig ist, kann die Kennzeichnung der Ware als Molkereibutter im Handel nicht als Herkunftsbezeichnung, sondern lediglich als Qualitätsbezeichnung angesprochen werden.

2. Da seit Erlaß der Verordnung gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln vom 26. Juni 1916 eine Aenderung in dem zur Zeit des Inkrafttretens derselben geltenden Rechtsanschauung über den Begriff „Molkerei" nicht eingetreten ist, nach ihr aber der Verkauf einer Ware als Molkereibutter dann zulässig ist, wenn sie erzeugt wurde in einem Wirtschaftsbetrieb mit einer Durchschnittstagesleistung von 50 Liter Milch, kann auch nach Aufhebung der Milchzwangswirtschaftsbestimmungen, die zur Zeit des Inkrafttretens jener Verordnung gesetzlich zulässige Bezeichnung nicht nunmehr als gesetzwidrig bezeichnet werden. Jedes Gesetz ist aus der Wirtschaftsanschauung zur Zeit seiner Entstehung heraus auszulegen.

3. Mittels Zentrifugierung und Temperaturbehandlung hergestellte Butter gilt gleichfalls als Molkereibutter.

4. Aus der Art der Butternotierungen ist ersichtlich, daß man nicht schematisch unter I. Qualität Molkereibutter versteht, sondern auch jene Naturbutter, die ihr an Qualität gleichsteht.

— **Saalschloßbrauerei.** Sonntag, 3½—6½ Uhr großes Sonderkonzert der Bergkapelle. Fanfarenmärsche. 7 Uhr großer Ball. Mittwoch den 31. Dezember, nachm. ¾4 Uhr Künstlerkonzert. 7 Uhr abends der berühmte Silvesterball.

Volkswirtschaft

Die Lage und Aussichten des Kapitalmarktes

Die Lage auf dem Kapitalmarkte hat sich zweifelsohne gebessert sowohl in bezug auf den Umfang der zur Verfügung stehenden Kapitalien als auch in bezug auf die Höhe der Zinssätze. Die Erleichterung ist zunächst gekommen aus dem gesteigerten Umlauf an Reichsbanknoten, der unter Berücksichtigung der gleichzeitigen Verringerung des Umlaufs an Rentenbankscheinen seit Mitte Oktober um 400 Millionen Mark, d. h. um ein Drittel, auf 1800 Millionen Mark gestiegen ist; insgesamt haben wir jetzt einen Umlauf von fast 3,5 Milliarden Mark an Reichsbanknoten und Rentenmarkscheinen. Auch die stärkere Gewährung von Auslandskrediten an die deutsche Wirtschaft hat zu der Erleichterung beigetragen. Man kann rechnen, daß insgesamt gegeben sind von den Vereinigten Staaten rund 800 Millionen Mark und von Holland und England zusammen rund 600 Millionen Mark, so daß unter Einbeziehung der anderen Staaten insgesamt Auslandskredite von ungefähr 2 Milliarden Mark sich ergeben würden, von denen allerdings ein sehr erheblicher Teil recht kurzfristig sein dürfte. Bringen Auslandskredite und gesteigerter Notenumlauf für die innere Verfassung des Kapitalmarktes beträchtliche Gefahren mit sich, so ist ein weiteres zur Verflüssigung des Kapitalmarktes beitragendes Moment nur zu begrüßen, nämlich die Zunahme der eigenen Kapitalansammlung. Man kann die Kundenanlage bei den Banken zurzeit auf rund 2 Milliarden M. veranschlagen; derselbe Betrag dürfte bei den Genossenschaften und Sparkassen liegen; das bedeutet, daß in diesem Jahre die Einlagen und damit das ersparte Kapital um ungefähr 2—3 Milliarden sich erhöht haben. Was die Zinssätze angeht, so wird im Verkehr der Banken und Bankiers untereinander zurzeit für tägliches Geld nur noch zirka 11 Prozent jährlich verlangt, während es um die Mitte des Jahres noch 30—35 Prozent kostete. Wenn auch die Kundschaft Kredite vorläufig noch erheblich teurer verzinsen muß, so ist bei auf diesem Gebiet eine Entspannung unverkennbar. Sie würde noch weitere Fortschritte gemacht haben, wenn die Zinspolitik der öffentlichen und halböffentlichen Institute die privaten Geldgeber zu einem Hochhalten ihrer Ansprüche nicht geradezu anreizte.

Was die weitere Entwicklung angeht, so ist wesentlich zunächst die Versteifung des Auslandgeldmarktes, die sich in der allgemeinen Nachfrage nach Kapital zeigt und die in den Absichten auf Diskonterhöhung in manchen Ländern zum Ausdruck kommt. Einigen Ausgleich dürfte vielleicht schaffen die Geldflüssigkeit in den Vereinigten Staaten. Augenblicklich kann man den Goldbestand der Vereinigten Staaten auf 16—17 Milliarden schätzen; mit einer jährlichen Vermehrung von 3—3,5 % wäre der Kapitalbedarf der Vereinigten Staaten reichlich gedeckt; tatsächlich findet aber eine Vermehrung um ungefähr 10 Proz. statt. Der Goldandrang ist in den Vereinigten Staaten so groß, daß sehr hohe Beträge zinslos hingelegt werden, um nicht durch Arbeitenlassen des Kapitales eine Entwertung des Goldes und damit eine Preissteigerung herbeizuführen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß amerikanische Kredite nach wie vor nur gegen hohe Zinsen und erstklassige Sicherheiten gegeben werden. Auch bei Anhalten des Zuströmens ausländischen Kapitals nach Deutschland wird der deutsche Bedarf nach wie vor sehr stark sein. Man darf nicht vergessen, daß vor dem Kriege rund 40 Milliarden bei den Banken, Sparkassen und Genossenschaften sich befanden, von denen jetzt nur noch ein Bruchteil vorhanden ist. Wie stark der Bedarf ist, läßt sich schon daran erkennen, daß in sehr vielen Gewerben (z. B. Landwirtschaft, Mühlenindustrie, Brauereien, Metallindustrie usw.) zur Kapitalversorgung bereits eigene Institute geschaffen worden sind. Daß der gesamte Bedarf gedeckt werden könnte, ist ziemlich ausgeschlossen. Volkswirtschaftlich wäre das auch nicht bedenkenfrei, weil dann auch für unproduktive Zwecke Kapital in höherem Umfange wieder zur Verfügung stände. Es wird nach wie vor notwendig sein, keinen Pfennig liegen zu lassen, sondern das flüssige Kapital so oft wie möglich umzuschlagen, gleichzeitig aber das Kapital nur an die Stellen zu leiten, die produktiv für den Inlands- und Auslandsmarkt arbeiten und dadurch neue Kapital- und Arbeitsmöglichkeit schaffen.

Goldpfandbriefzinsen der Preußischen Landespfandbriefanstalt

Die Preußische Landespfandbriefanstalt, Berlin, teilt mit, daß die am 1. Januar 1925 fälligen Zinsscheine ihrer 5- und 8 prozentigen Goldhypothekenpfandbriefe zu einem Umrechnungskurs von 2,81 Rm. für 1 Gramm Feingold abzüglich 10 Prozent Kapitalertragsteuer eingelöst werden. Die Zeichnungen auf ihre neuen 10prozentigen Goldhypothekenpfandbriefe sind so zahlreich eingelaufen, daß deren freihändiger Verkauf bis auf weiteres eingestellt worden ist.

Leichte Hebung der amerikanischen Roheisenerzeugung. Die Roheisenerzeugung der Vereinigten Staaten wird für dieses Jahr auf etwas über 31 Millionen Tonnen geschätzt, das sind 2 bis 3 Prozent mehr als der Jahresdurchschnitt der letzten fünf Jahre und eine Kleinigkeit mehr als 1913.

Aufsichtsratssitzungen in der Rhein-Elbe-Union. Die Sitzungen, die sich mit der Frage der Goldmitfellungen im Stinneskonzern befassen sollen, werden aller Voraussicht nach in den letzten Januartagen stattfinden. Alle Vermutungen über das Maß der Kapitalzusammenlegung sind noch verfrüht, denn selbst innerhalb der Verwaltungen ist man sich hierüber noch keineswegs im klaren. Im Einklange mit der allgemeinen leichten Belebung der Konjunktur hat die Geschäftslage beim Konzern der Rhein-Elbe-Union eine leichte Besserung erfahren.

Gräflich von Ballestrem'sche Industriewerke, Oberschlesien. Die Ballestrem'schen Industriewerke in Ruda sollen im neuen Jahre, so weit es nötig ist, erweitert werden. Es handelt sich in erster Reihe darum, die Kohlenförderung in die Höhe zu bringen, ferner die Nebenanlagen des gräfl. Ballestrem'schen Industriebesitzes den modernen Anforderungen entsprechend auszubauen.

Gräflich Schaffgotsch'sche Industriewerke, Oberschlesien. Die Kohlenförderung in den der Verwaltung unterstellten Gruben hat sich gehoben. Die Nebenbetriebe sind bis weit in das neue Jahr hinein mit Aufträgen gut versehen.

Die Konjunktur in der oberschlesischen Montanindustrie. Die Eisenindustrie in West-Oberschlesien ist am Jahresende lange nicht voll beschäftigt, wenn auch gegen die Vormonate eine Besserung in der Auftragserteilung eingetreten ist. Der Absatz nach dem Auslande ist wenig befriedigend. Die Lage der Kohlenindustrie hat sich nicht verändert. — Die Eisenindustrie in Ost-Oberschlesien hat keine besonderen Fortschritte aufzuweisen. Die Nachfrage nach Roheisen ist etwas rege geworden. Die Kohlenindustrie in Ost-Oberschlesien hat bis in die letzte Zeit hinein eine merkbare Steigerung des Absatzes nicht konstatieren können.

Waggon-Fabrik, A.-G., Nerdingen. Aufsichtsrat schlägt Umstellung von 70 Mill. M. Stammaktien auf 4,2 Mill. M. vor, sowie Verteilung einer Dividende von 3 M. auf jede Stammaktie.

Karosseriewerke Scheberg Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof. In der Generalversammlung der Gesellschaft wurde die Reichsmarkeröffnungsaufstellung genehmigt. Nach Abzug der Verbindlichkeiten ergibt sich ein Eigenvermögen von 6,6 Mill. Rm. Demgemäß wird das Stammkapital von 150 Mill. Pm. im Verhältnis von 25:1 auf 6 Mill. Rm. unter gleichzeitiger Bildung einer offenen Reserve von 600 000 Rm. ermäßigt. Die Umstellung des Aktienkapitals wird in der Weise vorgenommen, daß die bisherigen Aktien im Nennbetrage von 1000 Mark auf 40 Rm. abgestempelt werden. Aus der Goldbilanz sind hervorzuheben: Grundstücke mit 1 Mill. Mark, Gebäude 2 Mill. Mark, Rohmaterialien, Halb- u. Ganzfabrikate 1 873 512 Mark, Wertpapiere und Beteiligungen 1 470 000 Mark. Die letzteren setzen sich hauptsächlich aus Beteiligungen an der Eyklon-Maschinenfabrik, der Benz-Akt.-Ges. und der Süddeutschen Scheberg-Akt.-Ges. zusammen. Werkzeuge, Maschinen, Inventar, Patente und Automobile im eigenen Betriebe sind mit je 1 Mark abgeschrieben. Den Debitoren in Höhe von 1 824 411 Mark stehen Kreditoren mit 1 567 929 Mark gegenüber. Als Entschädigung für die Aufsichtsratsmitglieder wurden in den Statuten 2000 Rm., für den Vorsitzenden der doppelte Betrag festgesetzt. Ferner wurde beschlossen, die Firma in Scheberg-Akt.-Ges., Automobilwerke, Berlin, umzuwandeln, da sich die Gesellschaft über den Rahmen einer reinen Karosseriefabrik hinaus entwickelt habe. Zur Geschäftslage wurde mitgeteilt, daß man in das Geschäftsjahr 1924 mit guter Beschäftigung eingetreten sei, daß man aber während des Sommers, bis in den Herbst hinein, keine befriedigenden Ergebnisse erzielt habe, dies sei in erster Linie auf die Krediteinschränkungsmaßnahmen der Reichsbank zurückzuführen. Seit zwei Monaten habe sich aber der Geschäftsgang wieder gut entwickelt, auch die Automobilausstellung hätte einen reichen Auftragsbestand gebracht.

Dürkoppwerke, A.-G., Bielefeld. GV. genehmigte dividendenlosen Abschluß des Geschäftsjahres vom 1. Oktober 1923 bis 31. Juli 1924, sowie Goldmarkeröffnungsbilanz und Umstellung der Stammaktien von 1000 M. auf 150 Gm. und der Vorzugsaktien auf 60 Gm. Unter Einfügung eines Zwischengeschäftsjahres vom 1. August bis 31. Dezember 1924 wird das Geschäftsjahr auf das Kalenderjahr verlegt. Der Vorsitzende teilte mit, daß das Unternehmen heute über Auftragsbestände aus dem In- und Auslande verfügt, die eine volle Beschäftigung für mehrere Monate sichern.

Mechanische Weberei, A.-G., Zittau. Der G.-R. wird vorgeschlagen, das Stammkapital im Verhältnis 10:1 umzustellen, Vorzugsaktienkapital auf 16 000 M. aufzuwerten und Umstellungsreserve von 850 000 M. sowie Unterstützungsfonds von 300 000 M. zu schaffen. Ferner soll zur Verstärkung der Betriebsmittel das Aktienkapital um 725 000 M. erhöht werden. Die Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 4:1 zu 80 Prozent angeboten werden, wobei 20 Prozent aus der Umstellungsreserve genommen werden.

Deutsch-Amerikanische Schmirgelwerke, A.-G., Berlin. Die GV. der 1921 gegründeten Gesellschaft genehmigte Zusammenlegung des Kapitals von 60 Mill. Pm. Stammaktien und 2 Mill. Papiermark Vorzugsaktien auf 480 000 Gm. bzw. 5000 Gm. Wie man in der Versammlung hörte, sei das Unternehmen schon seit längerer Zeit flott und zu guten Preisen beschäftigt.

Eine amerikanische Anleihe zum Bau eines Elektrizitätswerkes in Bad Kösen. Die A. E. G. s. mittelte der Stadtgemeinde Bad Kösen eine amerikanische Anleihe von 700 000 M. zu 7 Prozent Zinsen und 85 Prozent Auszahlung zum Neubau eines Elektrizitätswerkes. Die Stadtverordneten beschlossen die Annahme der Anleihe. Die A. E. G. erhält den Bauauftrag, wenn ihr Angebot dem von Siemens-Schuckert und Bergmann gleichwertig ist.

Der Deutsche Spiralbohrer-Verband gibt mit Wirkung vom 1. Januar 1925 neue Grundpreislisten heraus, um das Angebots- und Rechnungswesen zu vereinfachen und die Verkaufspreise mit den Gestehungskosten in Einklang zu bringen. Die neuen Grundpreislisten können bei der Geschäftsstelle des Deutschen Spiralbohrer-Verbandes, Charlottenburg 2, Grolmanstraße 6, bezogen werden. Die Meldungen über die Aenderung im Mitgliederbestand des Verbandes sind, wie mitgeteilt wird, in wesentlichen Punkten ungutreffend. Der Verband bleibt auch weiterhin in der bisherigen Form bestehen und hat lediglich aus organisatorischen Gründen den Beschluß gefaßt, vom 1. Januar 1925 ab als Untergruppe in dem Deutschen Präzisionswerkzeug-Verband e. V., aufzugehen.

Kündigung des Norddeutschen Zementverbandes. Von neun Werken des Norddeutschen Zementverbandes ist, der „Bauwelt" zufolge, die Kündigung zum 31. Dezember 1925 eingereicht worden. Diese Kündigungen haben nur formale Bedeutung. Sie verhindern lediglich, daß der Syndikatsvertrag in der bisherigen Form ohne weiteres fortläuft und eröffnen den Weg zu Verhandlungen, die sich auf Verschiebungen in der Leistungsfähigkeit einzelner Werke und auf die Frage der Verwendung des hochwertigen Zements beziehen. — Nachdem der Rheinisch-Westfälische Zementverband wieder zustande gekommen ist, sind die Aussichten für ein Weiterbestehen des Norddeutschen Zementverbandes günstig geworden.

Dauer der Leipziger Textilmesse und der Deutschen Schuh- und Ledermesse. Für die Leipziger Textilmesse und die Deutsche Schuh- und Ledermesse in Leipzig ist in Anbetracht der besonderen Verhältnisse in diesen Industrien die Meßdauer zunächst für die bevorstehende Frühjahrsmesse verkürzt und auf die Zeit vom 1. bis 4. März angesetzt worden. Im übrigen dauert die Allgemeine Mustermesse bis 7. März, die Technische Messe mit der Baumesse vom 1. bis 11. März. Die Tageskarten zu ermäßigten Preisen werden diesmal bereits vom Mittwoch statt bisher vom Donnerstag der Messwoche ab ausgegeben.

Schiffsverkehr an der Saale. (Mitgeteilt von der Rhederei der Saale-Schiffer, Akt.-Ges., Halle a. S.) Angekommen am 24. Dezember 1924 Kahn Nr. 5597, Sr. Müller, mit Stückgut von Hamburg. Eildampfer „Alsleben" mit Stückgut von Hamburg.

25prozentige Aufwertung einer Gemeindeverbands-Anleihe. Der Gemeindeverband Ueberlandwerk Hohenlohe-Oehringen hat in seiner Hauptversammlung beschlossen, die dem Verbande gewährten Anleihen mit 25 Prozent aufzuwerten; vom 1. Januar 1925 an werden diese Anleihen mit 5 Prozent verzinst. Die Stromabnehmeranleihe wurde mit 100 Prozent aufgewertet.

Kartoffeln.

Breslau, 27. Dez. (Marktbericht von Wilhelm Schiffan-Breslau V.) Das Speisekartoffelgeschäft liegt unverändert lustlos. Die Umsätze in Fabrikkartoffeln waren unter dem Eindruck der bevorstehenden Weihnachtsfeier geringer als in der Vorwoche. Obwohl Nachfrage in Fabrikkartoffeln herrscht, bewegte sich das Geschäft in kleinsten Grenzen. Das Angebot von nicht haltbaren Kartoffeln zur sofortigen Lieferung hatte inzwischen fast völlig aufgehört, da diese Kartoffeln teils von den Fabriken aufgearbeitet wurden, teils bei linderer Witterung der letzten Wochen ausgelesen werden konnten. Das Angebot in polnischen Kartoffeln ist stärker geworden, gibt aber keine Nechnung. Die Nachfrage in Saatkartoffeln neuerer Züchtungen ist lebhaft. Die Preise für Speisekartoffeln weiße 2,20 Mark, rote 2,50 Mark. Fabrikkartoffeln etwa 13 Pfennige das Prozent (Erzeugerpreis).

Vom Büchertisch

Eugen Wolff: Entwicklungsgeschichtliche Goethe-Kritik. Preis 1,50 Mark. (Schulzesche Hofbuchdruckerei und Verlagsbuchhandlung R. Schwartz, Oldenburg i. O.) Die Schrift faßt auf einer großen Reihe neuer Beiträge zur Textkritik Goethes. Wer die Dichtungen Goethes nicht nur gedankenlos lesen, sondern verständnisvoll genießen will, darf die kleine, flott geschriebene Schrift des Kieler Literaturhistorikers nicht an sich vorübergehen lassen.

Vom Wesen der deutschen Universität. Von Staatssekretär Prof. Dr. C. H. Becker. 45 Seiten. Preis geheftet 1,20 Mark. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. Staatssekretär Becker hat soeben unter obigem Titel ein Referat in Buchform erscheinen lassen, das er auf der dritten Jahrestagung der Europäischen Studentenhilfe gehalten hat. Es ist erhebend, bei Becker zu lesen, wie er sich über das Wesen der deutschen Universität ausspricht, und wohl noch niemals sind ihre höchsten Ideale so klar herausgestellt worden wie hier.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann; für Lokales, Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Bellheim; für Volkswirtschaft, Mitteldeutschland und Sport: Dr. Theodor Godehus. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW. 61, Büchersstraße 12 Leitung: Alfred W. Kantes.

In den Weinstuben Pfeiffer & Haase Silvester u. Neujahr vornehme Musik.
Gewählte Abendkarte – Soupers – Erstklassige Weine. Tischbestellungen erbitten rechtzeitig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192412282-12/fragment/page=0003

Der Ehrengedenke 1914

Nr. 36 Beilage der „Hallescheu Zeitung“ 1924

Der erste Durchbruchsversuch Joffres im Dezember 1914

Nachdem an der Westfront beide Gegner unter zahlreichen örtlichen Gefechten ihre Stellungen festgelegt und mit allen Mitteln ausgebaut hatten, war fast überall Ruhe eingetreten, die nur hin und wieder durch Patrouillenunternehmungen und kleinere Ueberfälle unterbrochen wurde. Auch in Flandern flauten die Kämpfe allmählich ab. Bald nach Mitte Dezember 1914 entwickelte jedoch der Feind in vielen Abschnitten eine lebhaftere Tätigkeit, doch konnte er bei der Wachsamkeit der deutschen Sicherungen nirgends Ueberraschungserfolge erzielen. Die anfangs für gewaltsame Erkundungen gehaltenen Vorstöße nahmen bald größere Ausdehnungen an; mehrfach wurden auch beim Feinde Truppen festgestellt, die bisher in dem Frontteil noch nicht aufgetreten waren. Am 20. Dezember erreichten die Kämpfe ihren Höhepunkt, um dann allmählich wieder zu verebben.

Schon bald gab der bei einem gefallenen Offizier gefundene Armeebefehl vom 17. Dezember Aufschluß über die Absichten des Feindes: der französische Oberbefehlshaber hatte einen allgemeinen Angriff angeordnet, der nicht nur die in den Schlachten bei Lodz und Lowitsch geschlagenen Russen entlasten sollte, sondern auch um so mehr Aussicht auf Erfolg bot, als die deutsche Front vielfach durch Abgaben nach dem Osten geschwächt war.

Mit der in Flandern von jeher gewohnten Heftigkeit setzte der Kampf an der Küste schon in der Nacht vom 17. zum 18. Dezember ein. Durch das Feuer englischer Schiffe von der See aus unterstützt, brachen die Franzosen gegen das schon so oft heißumstrittene Neuport vor, doch hatten die schweren Geschütze keinen Erfolg,

der Angriff in den Dünen zerschellte,

450 Gefangene fielen in die Hände des deutschen Marinekorps. Auch als in den nächsten drei Tagen mehrere englische Divisionen von Dixmuiden und Bixschoote aus die Franzosen unterstützten, gelang es dem Feinde nicht, Gelände zu gewinnen. Im Gegenteil, die deutschen Geschütze konnten soweit vorgezogen werden, daß hinfort die Stadt Ypern unter ihrem wirksamen Feuer lag.

An der Front La Bassée—Arras lernten die stets erprobten Bayern einen neuen Gegner kennen. Erfolgreich hatten sie am 18. und 19. Dezember englische Truppen geworfen und ihnen zahlreiche Gefangene abgenommen, als sie am 20. Dezember abends durch frische indische Regimenter zur Aufgabe ihrer zähe verteidigten Schützengräben bei Vethune gezwungen wurden. Doch am nächsten Morgen früh eroberten die Bayern ihren Graben zurück, stürmten die drei dahinterliegenden Stellungen des Feindes und drangen in die Dörfer Festubert und Givenchy ein. Fürchterlich wüteten Handgranaten und Bajonett in den Reihen der Inder, die sich mit dem Messer wehrten. Aber auch zwei zur Hilfe eilende französische Regimenter anderten den Ausgang des Kampfes nicht. Die Bayern blieben Sieger, der Feind ließ über 3000 Tote und zahlreiche Gefangene sowie viel Kriegsgerät auf dem Platze. Ebenso scheiterten auch weiter südlich zu beiden Seiten der Somme alle Angriffe der Franzosen an dem zähen Widerstande der Verteidiger.

Die größten Anstrengungen zum Durchstoßen machte jedoch der Gegner in der Mitte der Westfront zwischen Reims und Verdun sowie in den Argonnen. Zwei Tage lang beschoß er mit bisher noch nie beobachtetem Munitionsaufwand die deutschen Stellungen. Wohl gelang es seiner Infanterie, einige weit vorspringende Gräben in konzentrischem Angriff zu nehmen, aber

ein schneidiger Gegenstoß der deutschen Truppen

hatte dauernden Erfolg, immer größer wurde die Zahl der gefallenen Franzosen vor der Front, mehrere Hunderte Gefangene fielen in die Hände der Sieger.

Auch in den Argonnen flammte der Kampf, der in den letzten Wochen fast völlig geruht hatte, mit besonderer Stärke wieder auf. Aber alle Tapferkeit des Feindes war umsonst, die deutschen Truppen behaupteten nicht nur ihre Stellungen, sondern nahmen auch die wichtige Waldhöhe von La Four de Paris, erbeuteten mehrere Maschinengewehre und machten über 1000 Gefangene. Die Angriffe vor Verdun wurden unter schwersten Verlusten für die Franzosen zurückgewiesen, in der Vogesen wie im Sundgau hatten ihre Versuche, die im Herbst verlorengegangenen Stellungen wiederzuerobern, keinen Erfolg.

Der erste Durchbruchsversuch, der mit weit überlegenen Kräften vom Feinde unternommen war, war überall glänzend abgeschlagen, so die Deutschen hatten sogar vielfach ihre Stellungen verbessert. Der französische Oberbefehlshaber mußte einsehen, daß er auf diese Weise die feindliche Front nicht ins Wanken bringen konnte. In den nächsten Tagen verhielten sich Engländer und Franzosen überall ruhig, sie bereiteten sich, anscheinend zu erneuten Angriffen vor. Aber auch die deutsche Heeresleitung nutzte diese Ruhe vor dem Sturm gehörig aus. Die Vorstöße der Verbündeten im Januar sollten sie wohl geruhsam finden.

Der Wiederaufbau der deutschen Reichsmarine

Nachdem vor kurzem das neue Vermessungsschiff „Meteor“ als erstes neues Schiff unserer Nachkriegsmarine in Dienst gestellt worden ist, geht nunmehr auch der erste kleine Kreuzer „A“ (der spätere Name ist noch nicht bestimmt) seiner Vollendung entgegen. Bei der uns durch den Versailler Friedensvertrag belassenen kleinen Reichsmarine bildet er eine beträchtliche Verstärkung unserer Seestreitkräfte, seine baldige Indienststellung ist besonders für den deutschen Auslandsdienst sehr zu begrüßen. Der Neubau, dessen erste Rate im Reichshaushalt 1920 bewilligt war, konnte erst nach vier Jahren fertiggestellt werden, weil die im Ruhrgebiet beschlagnahmten Bauvorräte nicht früher geliefert werden konnten. Es ist das 100. Schiff, das auf der Reichswerft Wilhelmshaven gebaut worden ist.

Unsere Feinde haben die Größe unserer Neubauten bis ins kleinste vorgeschrieben. Der neue Kreuzer bleibt mit seiner Wasserverdrängung von 6000 Tonnen hinter den neuzeitlichen Kreuzertypen der übrigen Marinen zurück, übertrifft aber immerhin um ein kleines die letzten am Ende des Weltkrieges gebauten Schiffe der „Ersatz Leipzig“-Klasse.

Der neue Kreuzer hat eine Länge von 150 Metern, eine Breite von 14 und eine Tiefe von 5,3 Metern. Seine Geschwindigkeit beträgt 29 Knoten, die Dampfstrecke von 6500 Seemeilen übertrifft die der letzten kleinen Kreuzer um 65 Proz. Von einer reinen Oelfeuerung für die Kessel hat man abgesehen, weil das Schiff bei seinen Auslandsfahrten zum großen Teil auf Kohlen angewiesen sein wird. Doch wurde die Leistung der Oelkessel auf ¾ (früher ½) der Gesamtleistung erhöht und die Verteilung des Brennstoffvorrats von Oel und Kohle bedarfsentsprechend bemessen.

Die Bewaffnung des neuen Kreuzers besteht aus acht 15-Zentimeter-Geschützen, die alle mittschiffs aufgestellt werden, so daß alle Geschütze nach beiden Seiten schießen können. Gleichzeitig hofft man dadurch ein besseres Bug- und Heckfeuer zu erreichen. Die Torpedorohre werden nicht mehr wie früher als Einzelrohre gefahren, sondern stehen als Doppelrohre auf dem Oberdeck.

Als Schiffsmaschinen hat das Schiff Turbinen erhalten, die allerdings nicht direkt, sondern durch eine Ruderübersetzung auf die Schraube wirken. Die Seefähigkeit des Schiffes wird durch eine lange geschlossene Bad und durch eine erhöhte Kommandobrücke verbessert. An Stelle des früher üblichen Vordermastes erhält das Schiff einen Gefechtsmast mit Artillerieleitstand. Die innere Einrichtung ist gegen früher wesentlich verbessert. Es ist gelungen, größere Wasch- und Badeeinrichtungen einzubauen und besondere Leseräume für Unteroffiziere und Mannschaften zu schaffen.

Ende des nächsten Jahres wird der neue Kreuzer voraussichtlich seine erste Fahrt antreten können, zum ersten Male wird dann ein neuzeitlich eingerichtetes Schiff wieder die deutsche Flagge im Ausland zeigen; denn die übrigen Kreuzer unserer Marine sind völlig veraltet: der älteste von ihnen, „Nymphe“, blickt bereits auf ein Vierteljahrhundert zurück, und über das jüngste unserer Linienschiffe, „Hannover“, hat sich ein Engländer dahin geäußert, daß es „reif sei für den Schrottdaufen“.

Somit werden alle Deutschen mit Freude und Genugtuung den Stapellauf des neuen kleinen Kreuzers begrüßen, ist er doch für Deutschlands Marine ein erster großer Schritt nach vorwärts.

Das deutsche Reichsheer im Jahre 1924

Durch die harten Friedensbedingungen ist unser schwaches Reichsheer in seiner Entwicklung völlig gehemmt. Die Zahl der Verbände wie ihre Stärke ist genau vorgeschrieben, neuzeitliche Waffen und technische Hilfsmittel sind verboten, argwöhnisch bewachen die Kommissionen der Entente das militärische Leben in Deutschland. Somit kann über Veränderungen in der Gliederung und Bewaffnung des Heeres nichts berichtet werden. In den höheren Führerstellen treten mit Ablauf dieses Jahres wichtige Aenderungen ein, die Oberbefehlshaber der Gruppenkommandos 1 und 2, Generale von Behrendt und Ritter von Moehl, scheiden aus; an ihre Stelle treten die Generalleutnants Freiherr von Loßberg, der es im Weltkriege vor allem meisterhaft verstanden hat, die Verteidigung zu organisieren und dafür bei verschiedenen Armeen der Westfront verwendet wurde, und Reinhardt, ebenfalls als Stabschef einer Armee bewährt und bekannt als letzter preußischer Kriegsminister.

Kommandowechsel bei der Reichswehr

Generalleutnant v. Reinhardt, Kommandeur der 5. Division, wurde zum Oberbefehlshaber der Gruppe II ernannt.
Generalmajor v. Lyßberg, bisher Kommandeur der 6. Division, wurde zum Oberbefehlshaber der Gruppe I ernannt.

Um die Jahreswende 1923/24 lag der Reichswehr eine schwierige Aufgabe ob. Nachdem der militärische Ausnahmezustand erklärt war, war dem Chef der Heeresleitung die vollziehende Gewalt übertragen. Große Teile der Reichswehr waren in Sachsen und in Thüringen tätig, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Durch das tatkräftige, taktvolle Eingreifen der Führer und durch das pflichtbewußte Verhalten aller einzelnen Mannschaften wurde die Aufgabe glänzend gelöst. Der Ausnahmezustand konnte schon nach wenigen Monaten aufgehoben werden, Deutschland blieb vor großem Schaden bewahrt.

Durch ihr sachgemäßes Verhalten war die Reichswehr, über deren Zweck und Einrichtungen bisher viele Kreise Deutschlands wenig unterrichtet waren, weithin bekannt und volkstümlich geworden. Dankbar schaute das Volk zu der neuen Wehrmacht auf. Dieser Dank fand seinen Ausdruck durch die freundliche Aufnahme der Truppen bei den Uebungen von vier Divisionen, die in diesem Jahre zum ersten Male in etwas größerem Umfange wie früher stattfanden. Der Dank galt aber auch noch einer anderen Tätigkeit unserer Truppen. Wie die Reichswehr schon im Jahre 1923 viele der Aermsten den Weihnachtstisch gedeckt hatte, so entwickelte sie auch weiterhin eine lebhafte Tätigkeit in der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung. Besonders in Thüringen haben unsere Truppen viele arme Leute wochen- und monatelang beköstigt, freudig wurden die Gespanne in den Dienst der Wohlfahrtspflege gestellt und somit die Nahrungsnot in vielen Familien gemildert. Ein erfreuliches Ergebnis hatte auch die Reichswehr-Wollwoche vom 28. Januar bis zum 2. Februar 1924. Die Erwartungen, welche die öffentliche Wohlfahrtspflege auf die Mitwirkung der Reichswehr gesetzt hatte, wurden durch das Ergebnis bei weitem übertroffen. Eine große Anzahl Kleidungsstücke wurden gesammelt, die meisten konnten sofort verwendet werden.

Eine schwere Probe hatte die Manneszucht der Reichswehr in den letzten Monaten zu bestehen. Anfang September 1924 nahmen die Kontrollkommissionen ihre Tätigkeit wieder auf. Bis zum Ende des Jahres haben sie 1796 Untersuchungen vorgenommen, darunter 457 bei Stäben und Truppenteilen. Einzelne Kommandobehörden haben sie bis zu 17mal besucht. Leicht ist es nicht für Führer und Truppe, sich von den Angehörigen der Staaten, die wir in dem über 4 Jahre dauernden Weltkriege überall siegreich abgewehrt haben, ausspionieren und kontrollieren zu lassen. Aber einmütig haben alle Reichswehrangehörigen in nicht genug anzuerkennendem Vaterlandsgefühl die Zähne zusammengebissen, hofften sie doch, daß diese Untersuchung die letzte sein würde. Das Vaterland schuldet der Reichswehr auch für diese opferfreudige Tat heißen Dank.

Der Kampf um die Vorherrschaft in der Ostsee

Solange die Uferstaaten ihre Flagge auf der Ostsee wehen lassen, tobt der Kampf um die Vorherrschaft. Jahrhundertelang hatte die Hansa die führende Stellung inne. Solange es Großmacht war, stritt Schweden mit den deutschen Fürsten um den Preis. Die Flottenpolitik Peters des Großen führte Rußland auf den Plan. Ohne selbst zu den Uferstaaten zu gehören oder einen Stützpunkt in der Ostsee zu haben, pflegte das englische „Ostseegeschwader“ sich häufig bei Kopenhagen aufzuhalten, um gegebenenfalls mitreden zu können.

Der Weltkrieg hat die Machtlage in der Ostsee völlig verändert. Schweden ist nach wie vor eine Seemacht 2. Ranges. Dänemark gedenkt seine Flotte bis auf einige Wachtschiffe abzurüsten. Deutschland ist durch die Friedensbedingungen zum reinen Zuschauer verurteilt. Die sogenannten Randstaaten besitzen wohl eine nicht unbeträchtliche Strecke der Ufer und einige vorzügliche Häfen; zu einem nennenswerten Ausbau einer Flotte fehlen ihnen aber die Mittel. Immer schärfer entwickelt sich daher der Wettstreit zwischen Rußland und Polen, die Rüstungen beider Staaten nehmen immer mehr zu.

Rußland hat durch den Weltkrieg gerade in der Ostsee sehr viel verloren. Einst besaß es in Riga einen erstklassigen Hafen. Helsingfors und die Seefestung Sveaborg beherrschten den finnischen ebenso wie die Aalandsinseln den Botnischen Meerbusen. Heute ist es dagegen auf dem östlichsten Zipfel der Ostsee zurückgedrängt und hat nur noch den Hafen in Kronstadt, der mehrere Monate im Jahre zugefroren ist und keine Schiffahrt gestattet. Mit seinem gewaltigen Landgebiet und seinen ungeheuren Land- und waldwirtschaftlichen Vorräten bedarf Rußland aber der Ostsee, um überhaupt lebensfähig zu bleiben.

Durch die politische Lage gezwungen, haben die Sowjets seinerzeit die Selbständigkeit der Randstaaten anerkennen müssen, doch sind die Verhältnisse inzwischen insofern andere geworden, als das starre zentralistische Prinzip nunmehr durch die ein wenig gelockerte Form der „Sowjetunion“ ersetzt worden ist, die, ohne dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Gewalt anzutun, fremde stämmische Sowjetstaaten in sich aufnehmen kann, wie es zum Beispiel in Sibirien und im Kaukasus geschehen ist.

Die letzten Vorgänge in Reval beweisen zusammen mit den stark vermehrten Flottenrüstungen der Sowjets und den großen Manövern im letzten Herbst, daß Rußland gar nicht daran denkt, den Kampf um das weitere Vordringen in die Ostsee aufzugeben; der Putsch in Reval ist zwar gescheitert, aber die große Probemobilmachung, die genau zurselben Zeit begann, die Zusammenziehung starker Truppenmassen an der estnischen Grenze und die Erklärung des Kriegszustandes in Kronstadt lassen darauf schließen, daß die Sache noch lange nicht zu Ende ist.

Polen wird diese Vorgänge noch mehr als frühere Gelegenheiten benutzen können, um seine ausgedehnten Flottenrüstungen zu begründen und für notwendig hinzustellen. Schon lange können seine Bestrebungen, eine Flotte zu schaffen, nicht mehr als unbedeutend angesehen und als Zeichen der Großmannsucht übersehen werden. Im Gegenteil, die mehrwöchentliche Reise des polnischen Kriegsministers Sikorski nach Paris hat große Erfolge für beide Verbündeten geschaffen.

Französisches Kapital baut jetzt den polnischen Hafen Gdingen als Stützpunkt für die Unterseeboote der beiden Flotten aus. Der Freistaat Danzig mußte auf Beschluß des Völkerbundes die Halbinsel Westerplatte an Polen abtreten und trägt die Hälfte der Baukosten für den dort zu errichtenden Munitionslagerplatz. In Putzig, das nur vorübergehend als Kriegshafen gebraucht wird, werden die polnischen Seeflugzeuge stationiert werden.

Auf diese Weise hat Frankreich auch in der Ostsee festen Fuß gefaßt, und den Ring, der Deutschland schon seit langem zu Lande im Osten wie im Westen umgibt, auch zur See geschlossen. Bei jeder Gelegenheit kann Frankreich hinfort seinen gelehrigen Schüler und treuen Vasallen vorschieben.

Die deutsche Außenpolitik muß aber scharf auf der Hut sein und die weitere Entwicklung der Vorgänge im Osten mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Höchste Vorsicht ist auch bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland geboten, das bisher noch jede Gelegenheit ergriffen hat, uns zu übervorteilen. Vor allem darf aber nicht übersehen werden, daß die Besetzung von Ostseehäfen den Sowjets Ausfalltore liefert nicht nur für ihren Handel, sondern auch für ihre Propaganda.

Vor 10 Jahren

20. bis 30. Dezember: Schlacht bei Souain, Perthes und Beauséjour.
31. Dezember: Gesamtzahl der in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen 3188 Offiziere, 577 875 Mann.
1. Januar: „U. 24“ versenkt das englische Linienschiff „Formidable“ in der Nähe von Plymouth.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192412282-12/fragment/page=0004